Donnerstag, 31. Mai 1934

Gott mit uns

79. Jahrgang, Nr. 124

Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für nationalsozialistische Politik

Amtliche Zeitung des preußischen Landkreises Teltow. — Parteiamtliches Kreisorgan der N.S.D.A.P.

Bestellungen werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen. Bezugspreis monatlich 1,60 RM. zuzüglich Bestellgeld. Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigen werden im Verlage: Berlin W 35, Lützowstr. 87, bei unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigenannahmen angenommen. Die sechsgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum kostet 8 Pfennig, die dreigespaltene Millimeterzeile im Reklameteil des Blattes 0,28 Reichsmark.

Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lützowstr. 87. Fernruf: Sammel-Nr. B 2 Lützow 0671. Postscheckkonto: Berlin Nr. 1519 51.

Kein Zweifel an der Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland

Im Rahmen eines Pressefrühstücks des Vereins der ausländischen Presse in Berlin hielt Vizekanzler von Papen eine Rede über außenpolitische Fragen, in deren Mittelpunkt vor allem Ausführungen über die Saarfrage standen.

Der Vizekanzler verwies auf die sich mehrenden Stimmen über die Unsinnigkeit der Abstimmung der Saarbevölkerung, die allgemein anerkannt deutsch sei. Er ging dann vor allem auf die Fragen politischer und wirtschaftlicher Art ein, die nach französischer Ansicht Streitfragen seien und Grundlagen der französischen These über das Recht der Saarbevölkerung bildeten.

Die Hoffnung auf einen Anschluß an Frankreich sei ja nun wohl endgültig geschwunden, nachdem mit der Lüge von 130 000 Saarfranzosen endgültig aufgeräumt worden sei.

Gegenüber der vom französischen Ostsender verbreiteten Behauptung, daß das Völkerbundsexperiment des „Saarstaates" gelungen sei, stellte der Vizekanzler fest, daß dieses Völkerbundsgebilde sehr bald ein Ende gefunden hätte, allerdings unter Aufopferung seiner deutschen Bevölkerung, wenn nicht Deutschland in all den Jahren der Trennung immer die treusorgende Mutter des Saarvolkes geblieben wäre.

Von Deutschland wurden jährlich größere Summen für die Saar aufgebracht, als die Saarregierung in der gleichen Zeit an Steuern einnahm. Es sind dies die Zusatzrenten der Sozialversicherung, Invaliden- und Unfallrenten, Beamten-, Offiziers- und Kriegsopferrenten.

Bei einer Fortdauer des Status quo würden diese deutschen Leistungen selbstverständlich fortfallen müssen.

Papen fuhr fort, die ansteigende Konjunktur in Deutschland biete eine wachsende Aufnahmefähigkeit für die Saarkohle, die ja früher ihren vorwiegenden Absatz in Süddeutschland fand. Ohne das Saarzollabkommen vom Februar 1928 wäre die saarländische Industrie einfach zusammengebrochen.

Vizekanzler von Papen erläuterte dann die

unbedingte Abhängigkeit der saarländischen Wirtschaft vom deutschen Markt

beweiskräftig aus der Entwicklung der Ausfuhr der schwerindustriellen Erzeugnisse. Die französische Propaganda behaupte, daß die Eisenindustrie des Saargebiets ohne Bezug lothringischer Minette nicht existieren könne. Eine Verminderung würde für die französische Wirtschaft einen empfindlichen Einnahmeausfall bedeuten, während sie die Saarwirtschaft zur anderweitigen Umstellung oder aber zu einer wesentlichen Verstärkung deutschen Roherzbezuges zwingen würde.

Überblicke man den Gesamtbereich der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich, so entdecke man nirgendwo eine unbedingte unabänderliche Abhängigkeit, sondern nur einen Bereich von Wirtschaftsbeziehungen, wie er zwischen verschiedenen Wirtschaftsgebieten überhaupt besteht und angängig ist. Damit sei keineswegs gesagt, daß das Saargebiet bei einer Rückgliederung auf einen Wirtschaftsaustausch mit Frankreich verzichten solle.

Die französische Propaganda setze ihre Hoffnung darauf, daß die Übernahme der Regierung durch Adolf Hitler und den Nationalsozialismus vielen Bewohnern des Saargebiets nicht passe. Sie hoffe auf Kommunisten, Sozialdemokraten und ehemalige Zentrumsangehörige. Zur Deutschen Front stießen aber fast überall ehemalige Mitglieder der SPD. und KPD., Männer, denen die Liebe zum Vaterland mehr galt als eigenes Ich. Ehemals führende Kommunisten geben eine Zeitung im Saargebiet heraus, die am Kopf die Überschrift trägt: „Über allem steht die Nation".

Ein anderer Kommunistenführer erklärte: „Wir stimmen für Deutschland. Möge man uns nach der Abstimmung ins Konzentrationslager stecken."

Papen kennzeichnete in diesem Zusammenhang die Gefolgschaft der Leute wie Matz Braun und die Emigranten, die im Saargebiet die Träger der französischen Propaganda sind. „Die Regierungskommission, die ja bestimmungsgemäß als Treuhänderin das Saargebiet verwaltet, hat es fertiggebracht, in die Polizei Emigranten, teilweise sogar an führender Stelle, einzusetzen. Eine derartige Maßnahme ist meines Erachtens nicht tragbar. Diese Maßnahme hat in der Bevölkerung größte Erbitterung hervorgerufen und nicht dazu beigetragen, daß Ruhe und Ordnung gewährleistet sind. Die französische Propaganda behauptet, daß im Saarland ein unerträglicher Terror ausgeübt werde. Die Saarregierung nimmt das zum Anlaß, die Entsendung internationaler Polizeitruppen zu fordern. Meine Herren,

Die Deutsche Front hat es wirklich nicht nötig, einen Druck auf die Bevölkerung auszuüben. Sie umfaßt bereits 93 Prozent der Bevölkerung, ohne daß auch nur eine Werbeversammlung abgehalten wurde.

Sie hat zum Überfluß einen eigenen Kontrolldienst eingerichtet, der jede Ausübung eines Druckes oder Zwanges sofort der Leitung zu melden hat. Jeder Verstoß hat unnachsichtlich Ausstoßung aus der Deutschen Front zur Folge. Mehr kann man wirklich nicht tun, aber man soll eine Bevölkerung nicht reizen. Darüber muß sich auch die Regierungskommission klar sein." Gegenüber dem Vorschlag des Außenpolitikers des „Lavoro Fascista", es sollten bis zur Volksabstimmung keine Reden an die Saarbevölkerung gehalten werden, da sonst ein Stachel von Bitterkeit und Reizbarkeit zurückbliebe, unterstrich der Vizekanzler erneut, daß es doch nicht unsere Schuld sei, daß diese Abstimmung stattfinde, und kennzeichnete noch einmal in aller Deutlichkeit jedes andere Ziel, das Frankreich politisch mit der Abstimmung erreichen will: Die Saar dürfe nicht zu dem „Hitlerischen Deutschland" zurückkehren. Wenn Frankreich, so erklärte der Vizekanzler, an den Errungenschaften der Französischen Revolution festzuhalten wünscht, so können wir nichts dagegen einzuwenden haben. Wir selbst haben uns entschlossen, diese Errungenschaften abzustreifen, die uns an den Abgrund des Bolschewismus gebracht hatten, und wir glauben, damit

Europa einen geschichtlichen Dienst erwiesen

zu haben. Frankreich verlangt in Genf Garantien für unbeeinflußte Abstimmung und Sicherung des Ergebnisses der Wahl. Wir haben einige Erfahrung und wären glücklich gewesen, wenn man solche Garantien in früheren Abstimmungsgebieten uns gegeben hätte, wo starke deutsche Minderheiten anderen Nationen zugeteilt werden und man seit fünfzehn Jahren vielfach fortfährt, den deutschen Volksteil nicht nur politisch zu entrechten, sondern auch materiell auf jede Art zu enteignen.

Aber wie dem auch sei, die deutsche Regierung ist vollkommen bereit, die Garantie für die Zeit nach der Abstimmung zu übernehmen, die ihr billigerweise zugemutet werden könne. Wir wollen unsererseits nichts unversucht lassen, um dieses traurige Kapitel des Friedensvertrages mit möglichster Beschleunigung so abzuschließen, daß es in Zukunft keinerlei Streitfragen darüber zwischen Frankreich und uns geben kann.

Knox schreibt an den Völkerbund.

Der Generalsekretär des Völkerbundes übermittelte dem Völkerbundsrat und den Mitgliedern des Völkerbundes einen Brief des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Knox, den dieser gleichzeitig mit einer Beschwerde der verschiedenen industriellen und wirtschaftlichen Organisationen der Saar dem Sekretariat zugestellt hat. In dieser Beschwerde, die seinerzeit schon in Deutschland veröffentlicht wurde, war auf die schwerwiegenden Folgen der Verschleppung der Entscheidungen über die Saarabstimmung für das wirtschaftliche Leben im Saargebiet hingewiesen worden.

Präsident Knox äußert in seinem Begleitschreiben dazu folgendes: Die Regierung verkennt keineswegs den niederdrückenden Einfluß, den die mit der gegenwärtigen Lage verbundene Ungewißheit auf die Wirtschaft des Saargebiets ausübt; da indessen die Festsetzung des Datums der Volksabstimmung einzig von den Entschlüssen abhängt, die der Völkerbundsrat später fassen wird, so kann die Regierungskommission diese Forderung nicht einfach blind unterstützen, da sie nicht in der Lage ist, die tieferen Gründe zu beurteilen, die den Völkerbundsrat bei seinen Beschlüssen leiten können.

Mutter und Kind

Schon im Parteiprogramm der NSDAP. ist (als Punkt 21) der Satz enthalten:

„Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes."

Was also die NS.-Volkswohlfahrt auf diesem Gebiete jetzt tut, ist die Umsetzung eines Programmpunktes der Bewegung in die Tat.

Die Bemühung des Nationalsozialismus, an die Stelle der sinkenden Geburtenziffer die Zunahme der Geburten zu setzen, hätte keinen Sinn, wenn sie nicht begleitet wäre von all den Maßnahmen, durch welche die Schwierigkeiten und Hemmungen beseitigt werden, die diesem Ziel seither im Wege standen. Für volksbiologische Aufgaben ist die deutsche Mutter ohne weiteres zu haben, wenn sie befreit wird von den Nöten und Sorgen, die heute noch auf der Familie und insbesondere auf der Frau lasten. Der Tapferkeit des deutschen Frontsoldaten stand die Tapferkeit der deutschen Mutter und Frau nicht nach; sie hat sie bewiesen im Krieg, Inflation und Arbeitslosigkeit. Ihre Gläubigkeit und ihre Treue sollen belohnt werden durch das, was in Zukunft geschehen soll. Das bedeutet keine Verkennung alles dessen, was seither auf diesen Gebieten karitativ schon geschehen ist; aber es bedeutet einen radikalen Bruch mit der marxistischen Anschauung, die den Frauen die Freude am Kind und den Sinn für das Familienleben systematisch geraubt hat.

Mit dem auf die Dauer berechneten, als ständige Einrichtung gedachten Hilfswerk „Mutter und Kind" ruft die NSV. das gesamte deutsche Volk zur Selbsthilfe auf. Staatliche und kommunale Stellen können und sollen das allein nicht machen. Die Sicherung des Volksbestands durch gesunde Mütter und gesunde Familien muß eine Tat des ganzen Volkes sein. Staat und Gemeinden sowie sonstige vorhandene Einrichtungen sollen leisten, was sie bisher geleistet haben. Das Hilfswerk „Mutter und Kind" ist zusätzlich gedacht, soll vorhandene Lücken ausfüllen, vorbeugend wirken und den bestehenden Hilfseinrichtungen einen neuen Auftrieb geben. Es soll nicht alles abstellen auf Fremdhilfe, sondern in erster Linie auf Selbsthilfe; es soll nicht in ein bürokratisches Schema eingepreßt werden, sondern der persönlichen Hilfe von Mensch zu Mensch die Gasse bahnen. Es soll nicht bloß wirtschaftliche oder gesundheitliche, sondern auch seelische Hilfe sein.

Zu erfassen sind in erster Linie die erbbiologisch wertvollen Teile des Volkes, aber darüber hinaus alle Mütter, die in Not sind: die werdenden Mütter, die kinderreichen Mütter, die verwiweten und geschiedenen Mütter, auch die ledigen Mütter, denen man das Verantwortungsbewußtsein für das Kind wiedergeben muß. Die Hilfe für die Mutter allein würde unvollkommen sein; das Hilfswerk muß sich auf die Familienmitglieder ausdehnen.

Aus dem Aufgabenbereich sei folgendes hervorgehoben:

Die wirtschaftliche Hilfe ist zunächst Erziehung zur Selbsthilfe. Laufende Unterstützungen werden von der NSV. nicht gewährt. Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln sind zuerst auszuschöpfen. Der Notstand ist maßgebend für die Höhe der Beihilfe. Hauptsächlich kommen Sachleistungen in Betracht, wie Ernährungsbeihilfe für Mutter und Kind (Milch, Zusatznahrung, Kleiderbeihilfe, Säuglingsausteuer, Heizungsbeihilfe, Bettenbeschaffung usw.). Kinderreichen Müttern mit mehr als drei Kindern sollen notfalls Haushalts- und Wirtschaftshilfen durch Einsetzung des Frauenarbeitsdienstes gestellt werden.

Die wichtigste Hilfe ist die Arbeitsplatzhilfe. Der Vater soll ausreichend Arbeit und Verdienst bekommen. Die erwerbsfähigen Kinder sollen in Arbeit oder Arbeitsdienst bzw. Landhilfe gebracht werden. Verheiratete Mütter sollen weitmöglichst, soweit sie drei und mehr Kinder haben ganz, aus dem Erwerbsleben herausgenommen und der Familie wieder geschenkt werden. Andererseits muß alleinstehenden Müttern, welche die Ernährerinnen ihrer Kinder sind, ein geeigneter Arbeitsplatz nachgewiesen werden. Jede Mutter muß jährlich eine angemessene Erholung von mindestens 14 Tagen haben. Soweit Frauen noch erwerbstätig arbeiten müssen, sind die Arbeitsplätze gesundheitlich einwandfrei zu gestalten. Zur Entlastung der Landfrauen sind während der Erntezeit Ernte-Kindergärten nach Bedarf einzurichten.

Nicht minder bedeutsam ist die Wohnungshilfe. Eine gesunde Wohnung ist zur Gesunderhaltung unerläßlich. Eine Prüfung der Wohnverhältnisse wird erfolgen; gesundheitsschädliche Zustände sind zu beseitigen, verwahrloste Wohnungen instandzusetzen; die Scheu der Hausbesitzer vor kinderreichen Familien muß ausgerottet werden. Bei drohenden Exmittierungen wird die NSV. vermitteln. Die Wohnungspflege kann mit einfachen Mitteln erfolgen. Bei notwendigen Umzügen erfolgt gegebenenfalls Umzugshilfe. Jedem Kind soll sein eigenes Bett werden.

Ein wichtiges Kapitel ist die Müttererholung in allen durch den Arzt festgestellten Fällen, vor allem für kinderreiche Mütter. Es gibt dafür die örtliche Erholungspflege und die Unterbringung in Heimen. Nach Möglichkeit wird eine Verbindung von Mütter- und Kindererholungs-